



Geschäftsführung Finanzausschuss

Herr Müller

Telefon: (0221) 221-24649

Fax: (0221) 221-23902

E-Mail: Michael.Mueller6@stadt-koeln.de

Datum: 23.07.2018

Niederschrift

über die **Sitzung des Finanzausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 04.06.2018, 14:35 Uhr bis 16:35 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theoburauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Martin Börschel	SPD
Herr Dietmar Ciesla-Baier	SPD
Herr Peter Kron	SPD
Herr Dr. Gerrit Krupp	SPD
Frau Alexandra Gräfin von Wengersky	CDU
Frau Anna-Maria Henk-Hollstein	CDU
Herr Niklas Kienitz	CDU
Herr Bernd Petelkau	CDU
Frau Brigitta von Bülow	GRÜNE
Herr Jörg Frank	GRÜNE
Frau Kirsten Jahn	GRÜNE in Vertretung für Herrn Richter ab 16.30 Uhr
Herr Manfred Richter	GRÜNE
Herr Jörg Detjen	DIE LINKE
Herr Ulrich Breite	FDP

Beratende Mitglieder

Herr Stephan Boyens	AfD
Herr Markus Wiener	Rot-Weiß
Herr Walter Wortmann	Freie Wähler Köln

Verwaltung

Frau Stadtkämmerin Gabriele C. Klug
Herr Stadtdirektor Dr. Stephan Keller
Frau Beigeordnete Andrea Blome
Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau
Herr Beigeordneter Markus Greitemann
Herr Hans-Jochen Hemsing
Frau Isabell Nehmeyer-Srocke

Schriftführer

Herr Michael Müller

Presse

Zuschauer

Vertreter verschiedener Ämter

Entschuldigt fehlen:

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er weist auf die vorliegende aktualisierte Tagesordnung. Zusätzlich liegen eine weitere Mitteilung (TOP 3.8), ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion zu TOP 13.17 und weitere Anlagen zu TOP 13.2 als Tischvorlagen vor.

Der Ausschuss ist mit folgender Tagesordnung einverstanden:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Handstreichartige Neustrukturierung der Stadtwerkegeschäftsführung und ihre Folgen
Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde
AN/0665/2018**
- 2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 3 Mitteilungen der Verwaltung**
 - 3.1 Haushaltsplanaufstellung für das Hj. 2019 inklusive Mittelfristplanung bis 2022
1208/2018
 - 3.2 Entwicklung des Anordnungssolls der Gewerbesteuer und Branchenaufteilung
1733/2018
 - 3.3 Maßnahmenliste Sanierung von Schultoiletten
1159/2018
 - 3.4 20. Bericht zur Situation Geflüchteter
1354/2018

- 3.5 Sachstandsbericht MiQua. LVR-Jüdisches Museum im Archäologischen Quartier Köln
1201/2018
- 3.6 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz
April 2018
1698/2018
- 3.7 Gründung einer Wirtschaftsförderungs-GmbH - Aktueller Sachstand Mai 2018
1605/2018
- 3.8 Projektergebnisse und Abschlussbericht „Leistungsfähige Infrastruktur generationengerecht finanziert – am Beispiel der Stadt Köln“ (Datengrundlagen, Bedarfsermittlung, Tragfähigkeit)
1879/2018
- 4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 4.1 Inventur von Möbeln und Computern an städtischen Schulen
Anfrage der FDP-Fraktion vom 16.05.2018
AN/0726/2018
- 4.1.1 Antwort der Verwaltung
1675/2018
- 4.2 Akademie der Künste der Welt, Köln gGmbH – wirtschaftliche Entwicklung
gemeinsame Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.05.2018
AN/0843/2018
- 4.2.1 Antwort der Verwaltung
1812/2018
- 4.3 Verantwortungsvolle Ausübung von Aufsichtsratsmandaten und der Public Corporate Governance Kodex (PCGK) der Stadt Köln
Anfrage der Fraktion Die Linke vom 01.06.2018
AN/0854/2018

- 5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 6 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten sowie Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 7 Mitteilungen über Kostenerhöhungen gemäß § 24 Absatz 2 Gemeindehaushaltsverordnung in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln**
- 8 Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes**
 - 8.1 Ersatzbeschaffung von 3 LKW 18 t mit Ladekran im Bereich "Stadtgrün" hier: Bedarfsfeststellung und Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung
0994/2018
 - 8.2 Beauftragung der 3. Ausbaustufe zur Web-Anwendung "Restaurierungsdokumentationsmodul" (RDM)
1017/2018
- 9 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 10 Überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen und Auszahlungen**
 - 10.1 Überplanmäßige Mehrauszahlung im Teilfinanzplan 0111 – Sonstige Innere Verwaltung, Haushaltsjahr 2018
1565/2018
- 11 Außerplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen und Auszahlungen**
- 12 Unterrichtung des Rates gemäß § 82 (1), § 83 (1) und § 85 (1) der Gemeindeordnung NRW über die von der Kämmerin / den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen**
 - 12.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für die Hj.2017 und 2018 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzungen 2016/2017 bzw. 2018
1090/2018

13 Allgemeine Beschlussvorlagen

- 13.1 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Langenbergstr. o.Nr., 50765 Köln-Blumenberg - Planungsbeschluss
0482/2018
- 13.2 Baubeschluss für die Umgestaltung des Knotenpunktbereiches Sachsenring/Ulrichgasse/ Vorgebirgstraße sowie für die Änderung der Verkehrsführung im Knotenpunktbereich mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle 6601-1201-1-2140, Bahnübergang Ulrepforte
0670/2018
- 13.3 Ausschreibung eines Mietvertrages für den Bezug eines Neubaus für Bühnenwerkstätten
1117/2018
- 13.4 Verteilung von Restmitteln zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2018 - Teil II
1283/2018
- 13.5 Baubeschluss für die Herstellung einer Freitreppe an St. Maria im Kapitol und die Umgestaltung der Pipinstraße sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen – hier: Finanzstelle 6601-1201-0-6612, Nord-Süd-Stadtbahn, Wiederherstellung
1944/2017
- 13.6 Weiterplanungsbeschluss Niehler Gürtel sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen im Teilfinanzplan 1201 – Straßen, Wege, Plätze,
2871/2017
- 13.7 Planung einer temporären Fuß- und Radwegerampe von der unterstromigen linksrheinischen Seite der Hohenzollernbrücke zum Breslauer Platz
3561/2017
- 13.8 Baubeschluss für die Generalinstandsetzung der Industriestraße im Bereich zwischen dem Parkplatz 7 (Fühlinger See) und Oranjehofstraße mit gleichzeitiger Umgestaltung der Zufahrtsrampe Oranjehofstraße/Industriestraße sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen - hier: Finanzstelle 6601-1201-0-6605, Generalinstandsetzung von Straßen
3776/2017
- 13.9 Vergabe von Zuschüssen zur Technikförderung und Bauunterhaltung der freien Szene
1234/2018
- 13.10 Wirtschaftsplan der Bühnen der Stadt Köln für die Spielzeit 2018/19
1209/2018

- 13.11 Wirtschaftsplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2018
3917/2017
- 13.12 Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB): Beschaffung von niederflurigen Stadtbahnwagen
0891/2018
- 13.13 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm 2016/2017 im Stadtbezirk Rodenkirchen
1555/2018
- 13.14 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm 2018 im Stadtbezirk Rodenkirchen
1556/2018
- 13.15 Stadtwerke Köln GmbH (SWK): Verwendung des Jahresüberschusses 2017
1606/2018
- 13.16 Errichtung eines neuen Schulgebäudes sowie einer 6-fach Sporthalle für die Willy-Brandt-Gesamtschule Im Weidenbruch 214, 51061 Köln - Beschluss über Mehrausgaben gemäß § 13 Abs 4 Satz 2 der Betriebssatzung der Gebäudewirtschaft in Verbindung mit § 16 Abs 5 Satz 1 der Eigenbetriebsverordnung NRW
1318/2018
- 13.17 Untersuchungsdesign zur Prüfung der 3 Alternativstandorte Köln-Merheim, Flughafen Köln-Bonn und Flugplatz Kurtekotten
1502/2018
- Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/0866/2018
- 13.18 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm 2018 - Bäume, Brunnen, Blumen und Gewässer im Bezirk Chorweiler
1687/2018
- 13.19 Vertretung der Stadt Köln in Haupt- und Gesellschafterversammlungen
1753/2018

14 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1 Handstreichartige Neustrukturierung der Stadtwerkegeschäftsführung und ihre Folgen Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde AN/0665/2018

RM Petelkau verweist auf die ausführliche Diskussion im Rat und verliest einen Antrag, der von den Fraktionen der CDU, SPD und Bündnis 90/ Die Grünen gemeinsam eingebracht wurde und von dem er hoffe, dass er einvernehmlich beschlossen werden könne:

„Der Finanzausschuss stellt vor dem Hintergrund der Debatte zur Aktuellen Stunde in der Ratssitzung vom 03. Mai 2018 fest, dass die Besetzung von Leitungspositionen bei den kommunalen Beteiligungsgesellschaften der Stadt Köln durch klare und transparente Verfahren zu erfolgen hat. Aus diesem Grund wird die Angelegenheit zur weiteren Bearbeitung mit folgenden Maßgaben in die Verwaltung überwiesen (§ 5 Abs. 10 lit. b der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen):

- 1. Durch eine Arbeitsgruppe der im Finanzausschuss vertretenen stimmberechtigten Fraktionen, der Verwaltung und unter Einbeziehung externer Berater sollen die einschlägigen Vorschriften des Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln verbindlicher formuliert werden sowie weitere Vorschläge zur Verbesserung der Transparenz der Aufsichtsratsarbeit (u.a. Rolle der Ausschüsse) erarbeitet werden.*
- 2. Die Verwaltung legt den zuständigen Gremien nach der Sommerpause einen entsprechenden Beschlussvorschlag vor.“*

RM Detjen lehnt den Antrag ab. Er fordert, alle Details der im Zusammenhang mit der Bestellung eines neuen Geschäftsführers für den Stadtwerkekonzern getroffenen Vereinbarungen – zu denen seines Wissens nach auch der Wechsel der Verkehrsdezernentin zur KVB und die Besetzung der Leitung der neuen Wirtschaftsförderungsgesellschaft gehört haben - offen zu legen. Diese Transparenz und eine öffentliche Diskussion über die Konsequenzen seien notwendig. Eine intransparente Arbeitsgruppe sei dafür nicht geeignet. Dass die Betroffenen nun einen Antrag einbringen, sei nicht vertrauenserweckend. Er verweist auf die Anfrage der Fraktion Die Linke zur heutigen Sitzung, die konkrete Vorschläge zur Weiterentwicklung des Kodex enthalte und bedauert, dass die anderen Fraktionen darauf nicht reagiert hätten.

RM Breite kritisiert, dass die Antragsteller der Forderung seiner Fraktion nach Untersuchung der Machtbefugnisse der Viererausschüsse nicht nachgekommen seien. Die Überarbeitung des Public Corporate Governance Kodex (PCGK) in einer Arbeitsgruppe mit externer Unterstützung sei der richtige Weg. Aber die Kompetenzen der Viererausschüsse müssen geprüft und gegebenenfalls auf das gesetzliche Mindestmaß begrenzt werden. Seine Fraktion lehne den Antrag in dieser Form ab.

RM Petelkau erläutert, dass der Antrag sicherstellen solle, dass alle Möglichkeiten der Transparenzverbesserung untersucht werden. Dies gehe über die Rolle der Viererausschüsse hinaus. Die Arbeitsgruppe solle Vorschläge erarbeiten, die anschließend öffentlich diskutiert werden. Er könne nicht verstehen, warum die Fraktionen von FDP und Die Linke sich nicht beteiligen wollen. Die Antragsteller streben möglichst unmittelbar nach der Sommerpause schon konkrete Ergebnisse an.

Der Ausschussvorsitzende verteidigt die Idee einer Arbeitsgruppe unter Einbeziehung externen Sachverständs und weist die Kritik zurück, die seiner Meinung nach nur persönlicher oder parteipolitischer Profilierung diene. Der Vorschlag der Arbeitsgruppe zur Reform des PCGK werde im Finanzausschuss und Rat öffentlich diskutiert werden können. Es sei zudem wahrheitswidrig zu behaupten, es habe Vereinbarungen gegeben, die die Leitung der Wirtschaftsförderung oder die Verkehrsdezernentin zum Gegenstand gehabt hätten. Er wirft RM Breite Unkenntnis vor. Die Aufgaben der Viererausschüsse in paritätisch besetzten Aufsichtsräten seien im Mitbestimmungsgesetz geregelt. Darüber hinausgehende Aufgaben haben sie nur dann, wenn der Aufsichtsrat ihnen diese übertrage. RM Breite habe in dem Aufsichtsrat, in dem er Mitglied sei, dieser Aufgabenübertragung selber zugestimmt. Wenn Änderungen für nötig gehalten werden, könne sich der Aufsichtsrat damit beschäftigen.

Er weist darauf hin, dass keine Situation sei, wie die andere. Es sei Niemanden damit gedient, aus der aktuellen Situation heraus Forderungen aufzustellen, die nicht zum Wohle der Unternehmen und der Stadt wären. Er halte es für richtig, durch weitere Debatten zu einer breiteren Basis für den Antrag zu kommen.

RM Breite weist die Kritik des Ausschussvorsitzenden zurück und plädiert für eine Regelung, die sicherstellt, dass Gesellschaftervertretung und Finanzausschuss vorab über wichtige Beschlüsse der Aufsichtsräte informiert werden. Die Viererausschüsse, deren Mitglied er selber sei, geben regelmäßig Berichte in den Aufsichtsrat, was behandelt wurde.

RM Frank beantragt die Vertagung des mündlichen Antrages in die nächste Sitzung. Es sei seiner Fraktion sehr wichtig, dass der Auftrag an die Verwaltung im Konsens erfolge. Es müsse berücksichtigt werden, dass hier sehr viele gesetzliche Rahmenbedingungen eine Rolle spielen und es sich um Unternehmen handle, die der paritätischen Mitbestimmung unterliegen. Das Thema sei zu wichtig, um sich einseitig zu profilieren.

RM Wortmann befürwortet eine vorherige Aufarbeitung der Vorgänge. Die Änderung des Public Corporate Governance Kodex müsse externen Fachleuten überlassen werden.

RM Boyens befürwortet eine Vertagung des Antrages. Durch einen im Konsens aller Parteien beschlossenen Auftrag an die Verwaltung könne das verlorene Vertrauen in der Bevölkerung zurückgewonnen werden.

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, den aus dem Rat verwiesenen Antrag der FDP-Fraktion für erledigt zu erklären und den mündlichen Antrages von CDU, SPD und Bündnis 90/ Die Grünen zur Abstimmung zu bringen:

Beschluss:

Der gemeinsam von der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen eingebrachte mündliche Antrag

„Der Finanzausschuss stellt vor dem Hintergrund der Debatte zur Aktuellen Stunde in der Ratssitzung vom 03. Mai 2018 fest, dass die Besetzung von Leitungspositionen bei den kommunalen Beteiligungsgesellschaften der Stadt Köln durch klare und transparente Verfahren zu erfolgen hat. Aus diesem Grund wird die Angelegenheit zur weiteren Bearbeitung mit folgenden Maßgaben in die Verwaltung überwiesen (§ 5 Abs. 10 lit. b der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen):

1. *Durch eine Arbeitsgruppe der im Finanzausschuss vertretenen, stimmberechtigten Fraktionen, der Verwaltung und unter Einbeziehung externer Berater sollen die einschlägigen Vorschriften des Public Cor-*

porate Governance Kodex der Stadt Köln verbindlicher formuliert werden sowie weitere Vorschläge zur Verbesserung der Transparenz der Aufsichtsratsarbeit (u.a. Rolle der Ausschüsse) erarbeitet werden.

2. *Die Verwaltung legt den zuständigen Gremien nach der Sommerpause einen entsprechenden Beschlussvorschlag vor.“*

wird in die nächste Sitzung des Finanzausschusses vertagt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich - gegen die Stimme der FDP-Fraktion – zugestimmt. Die Fraktion Die Linke hat sich an der Abstimmung nicht beteiligt.

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

3 Mitteilungen der Verwaltung

3.1 Haushaltsplanaufstellung für das Hj. 2019 inklusive Mittelfristplanung bis 2022 1208/2018

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.

3.2 Entwicklung des Anordnungssolls der Gewerbesteuer und Branchenaufteilung 1733/2018

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.

3.3 Maßnahmenliste Sanierung von Schultoiletten 1159/2018

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.

3.4 20. Bericht zur Situation Geflüchteter 1354/2018

RM Frank fragt, welche Unterbringungsressourcen aufgebaut werden.

Herr Beigeordneter Dr. Rau berichtet, die Verwaltung arbeite weiter daran, die Unterbringungsreserve von 1.500 Plätzen zu erreichen. Die Ressourcenaufbauplanung könne in künftigen Berichten detaillierter dargestellt werden.

3.5 Sachstandsbericht MiQua. LVR-Jüdisches Museum im Archäologischen Quartier Köln 1201/2018

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.

3.6 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz April 2018 1698/2018

Der Ausschussvorsitzende verweist auf die Berichterstattung in der Presse zu Vorwürfen an die Projektleitung der Opersanierung und fragt nach dem Sachstand und der Einbindung des Rechnungsprüfungsamtes.

Herr Streitberger (technischer Betriebsleiter Opersanierung) erläutert, dass den Mitgliedern des Betriebsausschusses Bühnen der Stadt Köln sowohl der anonyme Brief als auch seine Stellungnahme zugeleitet wurden. Er habe Strafanzeige wegen Verleumdung und übler Nachrede gestellt.

Herr Hemsing (RPA) berichtet, es gebe bisher keinen Auftrag der Oberbürgermeisterin an das Rechnungsprüfungsamt. Das RPA sei keine Ermittlungsbehörde. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft sollten abgewartet werden.

3.7 Gründung einer Wirtschaftsförderungs-GmbH - Aktueller Sachstand Mai 2018 1605/2018

RM Detjen fragt mit Blick auf die Position des Geschäftsführers, ob die Ausschreibung bereits erfolgt sei und welche Gehaltsvorstellung die Verwaltung habe.

Die Verwaltung berichtet, dass ein Personalberater ausgewählt wurde. Der Ausschreibungstext sei kurz vor der Fertigstellung und werde bald veröffentlicht. Das Gehalt werde gemäß der Regelung im Public Corporate Governance Kodex auf der Basis einer Empfehlung des Personalberaters marktüblich gestaltet.

Der Ausschussvorsitzende bittet, diese Mitteilung auch in den Wirtschaftsausschuss zu geben. Seine Fraktion frage sich, ob die Verwaltung in der richtigen Reihenfolge vorgehe und ob die Ausschreibung der Position des Geschäftsführers erfolgen könne, bevor der Rat die Gründung der GmbH offiziell beschlossen habe.

Frau Stadtkämmerin Klug verweist auf die im Ratsbeschluss vom 19.12.2017 festgelegten Eckpunkte. Sie sei sicher, dass bis zur Verpflichtung einer bestimmten Person auch der erforderliche formale Ratsbeschluss zur Gründung erfolgt sei.

RM Frank bittet die Verwaltung, ihre Arbeitsergebnisse zu Aufbauorganisation, Struktur, Aufgabenverteilung und Schnittstellenbeschreibung zur Punktdienststelle dem Wirtschaftsausschuss und dem Finanzausschuss kurzfristig darzustellen.

RM Breite wünscht eine Aufgabebeschreibung für die beiden Geschäftsführerpositionen und fordert eine schnelle Entscheidung über die Gründung der Gesellschaft.

Frau Stadtkämmerin Klug verspricht, dass alle Sachstandsberichte auch in den Wirtschaftsausschuss gehen. Durch den Ausfall einer Sitzung sei möglicherweise der Eindruck entstanden, dass der Wirtschaftsausschuss keine Informationen erhalte. Sie werde den Lenkungsausschuss über die heutige Diskussion informieren. Das Projekt sei mit einer sehr klaren und zeitgebundenen Projektstruktur unterlegt und werde zügig umgesetzt.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller legt dar, dass die Verwaltung sich dafür entschieden habe, die Ausschreibung der Geschäftsführung bereits jetzt zu beginnen, um dem künftigen Geschäftsführer die Möglichkeit zu geben, an der Konzeptionierung der Gesellschaft mitzuwirken. Der Rat habe mit seinem Beschluss vom 19.12.2017 nicht offengelassen, dass eine Gesellschaft gegründet werden solle.

RM Petelkau bekräftigt die Bitte, diese Mitteilung auch in den Wirtschaftsausschuss zu geben. Darüber hinaus sei es erforderlich, beiden Gremien den Zeitstrahl und ausführlichere Erläuterungen – gegebenenfalls in Form einer Präsentation – zukommen zu lassen, um die notwendige Transparenz zu schaffen.

RM Detjen verweist auf herausgehobene Dienststelle, die von einem zweiten Geschäftsführer der Gesellschaft geleitet werden solle und fragt, wie dies vertraglich geregelt werde, da es sich bei dieser Person um einen städtischen Mitarbeiter handle.

RM Wortmann fragt, ob und in welcher Höhe der Betriebskostenzuschuss für die neue GmbH bereits im Haushaltsplanentwurf 2019 berücksichtigt sei.

Frau Stadtkämmerin Klug sagt, dies sei noch nicht festgelegt und werde noch verwaltungsintern beraten. Sie sagt eine Präsentation in der Finanzausschuss-Sitzung im September zu, die die angesprochenen Punkte aufgreife und die Arbeitsergebnisse zur Konkretisierung des Ratsauftrages darstellen werde.

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.

3.8 Projektergebnisse und Abschlussbericht „Leistungsfähige Infrastruktur generationengerecht finanziert – am Beispiel der Stadt Köln“ (Daten Grundlagen, Bedarfsermittlung, Tragfähigkeit) 1879/2018

Der Ausschussvorsitzende fragt nach den Auswirkungen auf die aktuelle Haushaltsplanung.

Frau Stadtkämmerin Klug bestätigt, dass der Haushaltsplan im Bereich der Investitionen bereits im Laufe des Prozesses gewonnene Erkenntnisse berücksichtige. Sie kündigt eine detailliertere Stellungnahme an.

RM Henk-Hollstein dankt der Verwaltung für diesen zukunftsweisenden Blick auf Erfordernisse der Stadt in den nächsten Jahrzehnten.

RM Detjen betont die Notwendigkeit einer Debatte über den Weg, wie die Tragfähigkeitslücke geschlossen werden könne.

Frau Stadtkämmerin Klug weist darauf hin, dass neben dem finanziellen Volumen auch die Frage nach der Verantwortlichkeit in den Blick genommen werden müsse: die Verantwortung teilen sich die Stadtverwaltung, die Beteiligungsgesellschaften und andere staatliche Ebenen.

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Inventur von Möbeln und Computern an städtischen Schulen Anfrage der FDP-Fraktion vom 16.05.2018 AN/0726/2018

4.1.1 Antwort der Verwaltung 1675/2018

RM Breite dankt der Verwaltung für die Beantwortung.

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.

**4.2 Akademie der Künste der Welt, Köln gGmbH – wirtschaftliche Entwicklung
gemeinsame Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen vom 29.05.2018
AN/0843/2018**

**4.2.1 Antwort der Verwaltung
1812/2018**

RM Frank bittet die Verwaltung, die noch fehlenden Informationen nachzureichen und schlägt vor, die vorliegende Antwort zurückzustellen.

Der Ausschuss ist damit einverstanden.

**4.3 Verantwortungsvolle Ausübung von Aufsichtsratsmandaten und der
Public Corporate Governance Kodex (PCGK) der Stadt Köln
Anfrage der Fraktion Die Linke vom 01.06.2018
AN/0854/2018**

Die Anfrage wird zurückgestellt, weil die Antwort der Verwaltung noch nicht vorliegt.

**5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksver-
tretungen**

**6 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten sowie Anregungen und Be-
schwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-
Westfalen**

**7 Mitteilungen über Kostenerhöhungen gemäß § 24 Absatz 2 Gemeinde-
haushaltsverordnung in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssat-
zung der Stadt Köln**

8 Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes

**8.1 Ersatzbeschaffung von 3 LKW 18 t mit Ladekran im Bereich "Stadtgrün"
hier: Bedarfsfeststellung und Freigabe einer investiven Auszahlungser-
mächtigung
0994/2018**

Beschluss:

Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung in Höhe von 720.000,- € im Teilfinanzplan 1301 / Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Zeile 9 / Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 6700-1301-0-0100 / Beschaffungen KFZ, Hpl. 2018.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**8.2 Beauftragung der 3. Ausbaustufe zur Web-Anwendung "Restaurierungs-dokumentationsmodul" (RDM)
1017/2018**

Beschluss:

Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe der hierfür erforderlichen investiven Mittel in Höhe von 226.100,- € brutto bei Finanzstelle - 4103-0412-0-1000 Einrichtung RDZ/Prov. Archiv u. ä. - für das Haushaltsjahr 2018.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

9 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

10 Überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen und Auszahlungen

**10.1 Überplanmäßige Mehrauszahlung im Teilfinanzplan 0111 – Sonstige Innere Verwaltung, Haushaltsjahr 2018
1565/2018**

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat beschließt die folgende überplanmäßige Bereitstellung investiver Auszahlungsermächtigungen für das Dezernat für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Recht im Haushaltsjahr 2018:

Investive Mehrauszahlungen im Teilfinanzplan 0111 – Sonstige Innere Verwaltung, Teilplanzeile 9 - Auszahlungen für den Erwerb von beweglichen Anlagevermögen, Finanzstelle 0000-0111-0-0001 Beschaffung beweglichen Anlagevermögens, Finanzposition 9010.578.3100.9 Auszahlungen für den Erwerb von Vermögensgegenständen in Höhe von 95.600 €.

Die Deckung erfolgt im Haushaltjahr 2018 durch eine entsprechende investive Minderauszahlung im Teilfinanzplan 0212 – Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst, Finanzstelle 3703-0212-0-0100 „Kraftfahrzeuge Rettungsdienst“, Finanzposition 3703.578.3100.4 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

11 Außerplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen und Auszahlungen

12 Unterrichtung des Rates gemäß § 82 (1), § 83 (1) und § 85 (1) der Gemeindeordnung NRW über die von der Kämmerin / den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen

12.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für die Hj.2017 und 2018 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzungen 2016/2017 bzw. 2018 1090/2018

RM Detjen wünscht zusätzliche Informationen zum Mehraufwand über 129.102,95 € im Teilplan 0505. (Anlage 1a, Ziffer 3)

Frau Stadtkämmerin Klug sagt eine Beantwortung zur Ratssitzung zu.

Beschluss:

Die Antwort auf die aufgeworfene Frage ist zur Ratssitzung nachzuliefern.

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat nimmt die in den Anlagen dargestellten durch die Kämmerin/die Fachbeigeordneten in der Zeit vom 07.03.2018 bis 08.05.2018 für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 genehmigten Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

13 Allgemeine Beschlussvorlagen

13.1 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Langenbergstr. o.Nr., 50765 Köln-Blumenberg - Planungsbeschluss 0482/2018

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat beschließt, Planungen zu einem Neubau im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Langenbergstr. o. Nr., Gemarkung: Worringen, Flur: 50, Flurstück: 1872 tlw., aufzunehmen.

Der Rat ermächtigt die Verwaltung, auf der Basis der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) Fachplaner mit den Leistungsphasen 1-3 (Grundlagenermittlung, Vorplanung, Entwurfsplanung) zu beauftragen. Die Planungskosten belaufen sich voraussichtlich auf rund 105.000 € brutto.

Zur Finanzierung der erforderlichen investiven Auszahlungen in Höhe von insgesamt 105.000 € stehen für das Haushaltsjahr 2018 im Teilfinanzplan 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 08 - Auszahlungen für Baumaßnahmen, bei der Finanzstelle 5620-1004-0-5999 – Flüchtlings-WH, Mittel in Höhe von 105.000 € zur Verfügung. Die Mittel werden im Rahmen einer Sollumbuchung bei der Finanzstelle 5620-1004-6-5199 – Neubau Langenbergstraße – bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

13.2 Baubeschluss für die Umgestaltung des Knotenpunktbereiches Sachsenring/Ulrichgasse/ Vorgebirgstraße sowie für die Änderung der Verkehrsführung im Knotenpunktbereich mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle 6601-1201-1-2140, Bahnübergang Ulrepforte 0670/2018

Beschluss:

Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für die Umgestaltung des Knotenpunktbereiches Sachsenring/Ulrichgasse/Vorgebirgstraße sowie für die Änderung der Verkehrsführung im Knotenpunktbereich in Höhe von insgesamt 951.566,92 € (brutto) im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, bei Finanzstelle 6601-1201-1-2140, Bahnübergang Ulrepforte, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen, im Haushaltsjahr 2018.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich - gegen die Stimme der FDP-Fraktion und bei Enthaltung der SPD-Fraktion - zugestimmt

13.3 Ausschreibung eines Mietvertrages für den Bezug eines Neubaus für Bühnenwerkstätten 1117/2018

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, diese Beschlussvorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen.

Der Ausschuss ist damit einverstanden.

Beschluss:

Ohne Votum in den Rat verwiesen

**13.4 Verteilung von Restmitteln zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2018 - Teil II
1283/2018**

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat beschließt auf der Grundlage der Haushaltssatzung für das Jahr 2018 über die Verwendung der Haushaltsmittel 2018 in verbleibender Höhe von 44.000 € gemäß Anlage 2.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**13.5 Baubeschluss für die Herstellung einer Freitreppe an St. Maria im Kapitol und die Umgestaltung der Pipinstraße sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen – hier: Finanzstelle 6601-1201-0-6612, Nord-Süd-Stadtbahn, Wiederherstellung
1944/2017**

RM Frank schlägt vor, dem Votum des Stadtentwicklungsausschusses zu folgen.

Der Ausschuss ist damit einverstanden.

Beschluss gemäß dem Vorschlag des Stadtentwicklungsausschusses:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme des in den Anlagen 7.1 bis 7.3 dargestellten Beschlusses sowie die Empfehlungen der Verwaltung:

1. Der Rat der Stadt Köln nimmt die Gestaltungsplanung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, den Bau der Freitreppe zu St. Maria im Kapitol und die Umgestaltung der Pipinstraße entsprechend dem Gestaltungsplan (Anlagen 1 und 2) mit Gesamtkosten in Höhe von 2.192.000 € zu realisieren. Auf den Austausch des Gehwegbelages um Klein St. Martin und auf die Einrichtung von Sitzflächen wird verzichtet.
2. Der Rat beschließt die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung für den Bau der Freitreppe zu St. Maria im Kapitol und die Umgestaltung der Pipinstraße in Höhe von 300.000 € im Teilfinanzplan 1201 – Straßen, Wege, Plätze bei der Finanzstelle 6601-1201-0-6612 Nord-Süd-Stadtbahn, Wiederherstellung, Teilplanzeile 8 – Auszahlung für Baumaßnahmen, im Haushaltsjahr 2017.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

13.6 Weiterplanungsbeschluss Niehler Gürtel sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen im Teilfinanzplan 1201 – Straßen, Wege, Plätze, 2871/2017

Der Ausschussvorsitzende beantragt, zunächst über den als Anlage vorliegenden Beschlussvorschlag der Bezirksvertretung Nippes abzustimmen. Da seine Fraktion der Alternative zum Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen möchte, schlägt er vor, danach zuerst über die Alternative und dann über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen zu lassen.

Der Ausschuss ist damit einverstanden.

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

1.1 Der Rat nimmt die vorgelegte Planung des Büros WEST 8 für den Bereich der Gürteltrasse zwischen der Merheimer Straße und der Amsterdamer Straße zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Konkretisierung der Planung auf der Grundlage der in der Anlage 1 beigefügten Variante „Rad-, Fußwege- und Grünverbindung“. Diese Variante entspricht dem Ratsbeschluss vom 10.05.2016.

Weiterhin beauftragt er die Verwaltung, mit der Konkretisierung der in der Anlage 2 dargestellten Vorentwurfsplanung für eine Radverkehrsverbindung von der Amsterdamer Straße bis zur Mülheimer Brücke. Dabei soll auch untersucht werden, wie eine Fuß- und Radwegeverbindung auf der Nordseite der Gürtelbahn zwischen Boltensterstraße und Amsterdamer Straße realisiert werden kann.

1.2 Die Planungen sind der Öffentlichkeit in einem Bürgerbeteiligungsverfahren vorzustellen. Die Ausgestaltung der entstehenden Parklandschaft wird im Rahmen eines bürgerschaftlichen Beteiligungsverfahrens fortentwickelt. Die Ergebnisse sind dem Rat vorzustellen.

1.3 Der Rat beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für die Konkretisierung der Planung gemäß Punkt 1.1. der Beschlussvorlage in Höhe von 250.000 € im Teilfinanzplan 1201 – Straßen, Wege und Plätze bei Finanzstelle 6602-1201-5-5051 – Ausbau Gürtelstraße (Merheimer Straße bis Mülheimer Brücke), Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen - im Haushaltsjahr 2017.

Abstimmungsergebnis über den Beschlussvorschlag der Bezirksvertretung Nippes:

Mehrheitlich - gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion – abgelehnt

Abstimmungsergebnis über die Alternative:

Mehrheitlich - gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion – abgelehnt

Abstimmungsergebnis über den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Mehrheitlich - gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion- zugestimmt

**13.7 Planung einer temporären Fuß- und Radwegerampe von der unterstromigen linksrheinischen Seite der Hohenzollernbrücke zum Breslauer Platz
3561/2017**

Beschluss:

Der Finanzausschuss beschließt zur Sicherstellung der Planungsleistungen die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 220.000 Euro brutto des Teilfinanzplans 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV, - Teilplanzeile 8 – Auszahlung für Baumaßnahmen bei der Finanzstelle 6901-1202-1-0240 Fuß- und Radwegerampe Hohenzollernbrücke Hj. 2018.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich - gegen die Stimme der FDP-Fraktion - zugestimmt

**13.8 Baubeschluss für die Generalinstandsetzung der Industriestraße im Bereich zwischen dem Parkplatz 7 (Fühlinger See) und Oranjehofstraße mit gleichzeitiger Umgestaltung der Zufahrtsrampe Oranjehofstraße/Industriestraße sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen - hier: Finanzstelle 6601-1201-0-6605, Generalinstandsetzung von Straßen
3776/2017**

Beschluss:

Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 250.000 € für die Generalinstandsetzung der Industriestraße im Bereich zwischen dem Parkplatz 7 (Fühlinger See) und Oranjehofstraße sowie für die Umgestaltung der Zufahrtsrampe Oranjehofstraße/Industriestraße im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, bei der Finanzstelle 6601-1201-0-6605, Generalinstandsetzung von Straßen, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen, Haushaltsjahr 2018.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**13.9 Vergabe von Zuschüssen zur Technikförderung und Bauunterhaltung der freien Szene
1234/2018**

Beschluss gemäß Vorschlag des Ausschusses für Kunst und Kultur:

Der Finanzausschuss beschließt folgende Kriterien zur Vergabe von Zuschüssen zur Technikförderung und Bauunterhaltung von Gruppen oder Institutionen der freien Szene.

Die Mittel in Höhe von 300.000 € stehen im Teilplan 0416 – Kulturförderung in der Teilplanzelle 15 – Transferaufwendungen zur Verfügung.

- Antragsberechtigt sind Gruppen und Institutionen der freien Szene, die private oder städtische Gebäude sowie den öffentlichen Raum für die kulturelle Arbeit nutzen.
- Weitere Kriterien der Förderung sind hier wie in allen bereits geförderten Sparten die künstlerische Qualität und professionelle Umsetzung.
- Jede Förderung muss nachweislich für mindestens 5 Jahre für den Verwendungszweck der kulturellen Nutzung gesichert sein. Längere Bindungsfristen können abhängig von Höhe und Art der Maßnahme vereinbart werden.
- Die Maßnahmen werden bis zu maximal 80% und einer maximalen Förderhöhe von 100.000 Euro bezuschusst.

Anträge können für eine Bewilligung bis zum 30.09. innerhalb des Zuschussjahres eingereicht werden. Die Anträge werden in der Reihenfolge ihres Eingangs geprüft und ggf. bewilligt.

Der Haushalts- und Sperrvermerk konkretisiert die Zusetzungen mit dem Hinweis: „Reparaturen und Technik in den Einrichtungen der freien Szene – Freigabe durch Fach- und Finanzausschuss und Fortschreibung in der mittelfristigen Finanzplanung“.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich - gegen die Stimmen der SPD-Fraktion - zugestimmt

**13.10 Wirtschaftsplan der Bühnen der Stadt Köln für die Spielzeit 2018/19
1209/2018**

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, die Beschlussvorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen.

Der Ausschuss ist damit einverstanden.

Beschluss:

Ohne Votum in den Rat verwiesen

**13.11 Wirtschaftsplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud
der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2018
3917/2017**

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat stellt gemäß § 5 der Betriebssatzung i.V. mit § 4 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO) den Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2018 fest.

Die Betriebsleitung wird ermächtigt, zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben Kassenkredite bis zu einem Höchstbetrag von 500.000 € in Anspruch zu nehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**13.12 Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB): Beschaffung von niederflurigen Stadtbahnwagen
0891/2018**

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

1. Der Rat stimmt der Beschaffung von 62 niederflurigen Stadtbahnwagen mit einer Länge von rund 60 Metern („Langzug“) und von zwei niederflurigen Stadtbahnwagen mit einer Länge von rund 30 Metern („Kurzzug“) zu. Der Rat stimmt ferner der optionalen Beschaffung von weiteren elf Langzügen und 25 Kurzzügen für Leistungsausweitungen auf Basis der Anmeldungen zum ÖPNV-Bedarfsplan 2030 zu. Die Zustimmung steht jeweils unter dem Vorbehalt entsprechender Gremienbeschlüsse der KVB und den Stadtwerken Köln (SWK).
2. Der Rat beschließt, zur Beschaffung neuer Niederflur-Stadtbahnwagen, abweichend von der Regelung gemäß Nr. 5/1 der Richtlinie der Stadt Köln zur Förderung nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW, neben der Beschaffung von durchgängigen (ca. 60 Meter langen) Niederflur-Stadtbahnwagen im Hinblick auf den angestrebten Ausbau der Ost-West-Achse auch die zwingend notwendige Beschaffung von 30 Meter langen „Kurzzügen“ zu fördern.
3. Der Rat beschließt ferner, der KVB zur Finanzierung der Stadtbahnbeschaffung Gesellschafterdarlehen zu Kommunkreditkonditionen zur Verfügung zu stellen und bittet das Dezernat II – Finanzen, hierfür die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen. Dieser Beschluss ergeht unter der aufschiebenden Bedingung, dass der beabsichtigte Öffentliche Dienstleistungsauftrag gem. VO (EG) Nr. 1370/2007 zur Direktvergabe von Verkehrsleistungen an die KVB zuvor inkraftgesetzt wurde.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**13.13 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm 2016/2017 im Stadtbezirk Rodenkirchen
1555/2018**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Rodenkirchen hat in der Sitzung am 23.04.2018 beschlossen, die vom Rat im Haushaltsplan 2016/2017 bereitgestellten Restmittel in Höhe von 41.900 Euro für das Haushaltsjahr 2017 für Maßnahmen zur Stadtverschönerung nach Maßgabe des vom Finanzausschuss am 09.11.2015 beschlossenen Kriterienkatalogs wie folgt zu verwenden:

Maßnahme	Betrag in Euro
Ortszentrum Hauptstraße in Köln-Rodenkirchen: Beet-Bepflanzung und Beet-Unterhaltung durch den Dorfverein,	5.000,00 €

hier Unterstützungs-Zuwendung für 2018	
Bänke in verschiedenen Grünanlagen; hier um den Beschlüssen / Wünschen möglichst zeitnah nachzukommen: ca. 11 Bänke , incl. Unterpflasterung:	14.300,00 €
Sanierung Georgplatz in Köln-Weiß: Ecke Weißer Hauptstr. / Auf der Ruhr Plattenbelag gegen Pflaster-Belag austauschen 2 Bänke alt gegen neu. 1 Abfallbehälter tauschen über AWB	22.600,00 €
	41.900 €

Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe der restlichen Mittel für das Jahr 2017 in Höhe 41.900 € für die von der Bezirksvertretung Rodenkirchen beschlossenen Maßnahmen. Die entsprechenden Aufwendungen stehen im Haushaltsplan 2016/2017 im Teilergebnisplan 1301 – Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, zu Verfügung. Die Bereitstellung der Mittel ist im Zuge der Ermächtigungsübertragung beabsichtigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**13.14 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm 2018 im Stadtbezirk Rodenkirchen
1556/2018**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Rodenkirchen hat in der Sitzung am 23.04.2018 beschlossen, die vom Rat im Haushaltsplan 2018 bereitgestellten Mittel in Höhe von 100.000 Euro für das Haushaltsjahr 2018 für Maßnahmen zur Stadtverschönerung nach Maßgabe des vom Finanzausschuss am 03.04.2017 beschlossenen Kriterienkatalogs wie folgt zu verwenden:

Maßnahme	Betrag in Euro
Park am Rosenzweigweg in Köln-Zollstock: 5 Nischen mit Sitz/Bank Kombinationen ausstatten und unterpflastern	28.000,00 €
Südpark in Köln-Marienburg: Blumenzwiebelpflanzung (Krokusse, Narzissen) Ersatzpflanzung Rhododendren	5.000,00 €
Wetterpilz Äußerer Grüngürtel in Köln-Grundfläche pflastern und Holzbank um Stamm erneuern	9.000,00 €
Vorgebirgspark in Köln-Zollstock: Blumenzwiebelpflanzung	2.500 €
Bänke in verschiedenen Grünanlagen; hier um den Beschlüssen / Wünschen möglichst zeitnah nachzukommen:	16.900 €

ca. 13 Bänke , incl. Unterpflasterung	
Konrad-Adenauer-Straße in Köln-Marienburg: Absperrung zum Schutz der Grünanlage zur Straße mit Robinienstamm-Pfählen und neue Doppelholmsperre	13.600,00 €
Straßenbäume, Ersatzpflanzungen: Beschlussfassung 19.03.2018	25.000,00 €
Summe:	100.000,00 €

Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe der Mittel für das Jahr 2018 in Höhe 100.000 € für die von der Bezirksvertretung Rodenkirchen in der Sitzung am 23.04.2018 beschlossenen Maßnahmen. Die entsprechenden Aufwendungen stehen im Haushaltsplan 2018 im Teil-ergebnisplan 1301 – Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, in Teil-planzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, zu Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**13.15 Stadtwerke Köln GmbH (SWK): Verwendung des Jahresüberschusses 2017
1606/2018**

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass aus dem Jahresüberschuss, den die Stadtwerke Köln GmbH im Geschäftsjahr 2017 erwirtschaftet hat, ein Betrag in Höhe von 54.389 T€ an die Stadt Köln ausgeschüttet wird.

Die Vertreterin/ der Vertreter der Stadt Köln in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Köln GmbH wird ermächtigt, die hierzu notwendigen Erklärungen abzugeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**13.16 Errichtung eines neuen Schulgebäudes sowie einer 6-fach Sporthalle für die Willy-Brandt-Gesamtschule Im Weidenbruch 214, 51061 Köln - Beschluss über Mehrausgaben gemäß § 13 Abs 4 Satz 2 der Betriebssatzung der Gebäudewirtschaft in Verbindung mit § 16 Abs 5 Satz 1 der Eigenbetriebsverordnung NRW
1318/2018**

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die zu erwartenden Mehrausgaben in Höhe von insge-

samt 16.500.000 € gegenüber der vom Rat genehmigten Kostenberechnung von 2017 in Höhe von 95.800.000 € Gesamtbaukosten für die **Errichtung eines neuen Schulgebäudes sowie einer 6-fach Sporthalle für die Willy-Brandt-Gesamtschule Im Weidenbruch 214, 51061 Köln** zur Kenntnis und stimmt einer Fortführung der Baumaßnahme zu.

Für die ersten vorbereitenden Maßnahmen (Teilrückbau Turnhalle und Verwaltung) und den Neubau der Schule innerhalb des Gesamtprojektes Willy-Brandt-Gesamtschule, Im Weidenbruch 214, 51061 Köln fallen folgende zusätzliche Kosten an:

500.000 € für die vorbereitenden Maßnahmen
16.000.000 € für den Neubau des Schulgebäudes
16.500.000 € gesamt

Die Gesamtbaukosten für das Gesamtprojekt Willy-Brandt-Gesamtschule ohne die genehmigten Einrichtungskosten in Höhe von rund 6.900.000 € betragen nunmehr 112.300.000 € statt 95.800.000 € brutto.

Die erforderlichen Mittel werden aus dem Flächenverrechnungspreis generiert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

13.17 Untersuchungsdesign zur Prüfung der 3 Alternativstandorte Köln-Merheim, Flughafen Köln-Bonn und Flugplatz Kurtekotten 1502/2018

RM Dr. Krupp hält das Projekt für gescheitert. Eine Nutzung des Kalkbergs als Hub-schrauberbetriebsstation sei ausgeschlossen. Die Eignung des Standortes Merheim untersuchen zu lassen, sei ein Schildbürgerstreich. Schließlich sei 2008 die Genehmigung von zusätzlicher Wohnbebauung unter der Maßgabe erfolgt, dass die Hub-schrauberbetriebsstation aus Merheim verlagert werde.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller betont, die Verwaltung habe mit dieser Beschlussvorlage lediglich den Ratsauftrag vom 20.03.2018 umgesetzt.

RM Frank begrüßt, dass sich die SPD-Fraktion gegen den Kalkberg als Standort ausspreche und führt aus, dass der alte Standort in Merheim selbstverständlich nicht in Frage komme. Das Areal der Klinik in Merheim sei aber sehr groß und biete andere Möglichkeiten, die jetzt untersucht werden sollen. Eine weitere Untersuchung sei im Sinne der Schaffung von Versorgungssicherheit notwendig.

RM Petelkau betont, dass eine ernsthafte Prüfung notwendig sei. Die SPD-Fraktion habe in ihrem Antrag keine neuen Ideen entwickelt. Die gesetzlichen Vorgaben sprechen für einen Standort in Zentrumsnähe. Daher sei eine erneute Prüfung sinnvoll, ob es in Merheim eine Lösung geben könne.

RM Detjen hält den Änderungsantrag für nicht zielführend. Er fragt, warum der Standort Flughafen Köln-Bonn untersucht werde, obwohl dieser bereits im Betrieb sei.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller erläutert, dass es sich bei der momentan genutzten Einrichtung um ein Provisorium handele, das erst zu einem endgültigen Standort umgebaut werden müsste.

Änderungsantrag der SPD-Fraktion AN/0866/2018

Beschluss:

1. Der Kalkberg ist als Standort nicht weiter aufrechtzuerhalten und wird deshalb im Rahmen der weiteren Standortprüfung nicht weiterverfolgt. Eine Nutzung des Kalkbergs als Hubschrauberbetriebsstation ist ausgeschlossen. Alle weiteren Sanierungsmaßnahmen des Kalkbergs erfolgen ausschließlich unter den Kriterien Sicherheit der Bevölkerung und Gesundheitsschutz der Anwohner. Die zuständigen Fachgremien sind über den Fortgang der Sanierungsmaßnahmen regelmäßig zu informieren.
2. Der Standort Merheim wird im Rahmen der weiteren Standortprüfung nicht weiterverfolgt.
3. Ein externer Gutachter wird beauftragt potentielle Standorte für die Hubschrauberbetriebsstation zu prüfen. Die Beauftragung hat unverzüglich zu erfolgen, um unnötigen Zeitverlust zu vermeiden und sicherzustellen, dass erste Ergebnisse noch im Jahr 2018 vorliegen können. Die Ergebnisse der Prüfung sind dem Rat der Stadt Köln und seinen zuständigen Fachgremien Gesundheitsausschuss, Bauausschuss, Ausschuss für Umwelt und Grün und Finanzausschuss zur Entscheidung vorzulegen. Die Ausschüsse werden bis zur Entscheidung über einen neuen Standort über den Fortgang der Prüfungen regelmäßig informiert.

Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion Die Linke abgelehnt

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Gesundheitsausschuss die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Gesundheitsausschuss beschließt das vorgeschlagene Untersuchungsdesign zur Prüfung der 3 Alternativstandorte Köln-Merheim, Flughafen Köln-Bonn und Flugplatz Kurtekotten gemäß dem Auftrag an die Verwaltung vom 20.3.2018 (AN/0442/2018)

Der Gesundheitsausschuss beauftragt die Verwaltung die v. g. Alternativstandorte hinsichtlich der technischen und juristischen Realisierbarkeit zu begutachten und die entsprechenden Gutachter durch ein Vergabeverfahren zu ermitteln.

Die Finanzierung der für die Begutachtungen notwendigen Mittel von geschätzten 300.000€ erfolgt aus veranschlagten Mitteln im Teilplan 0212 „Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst“.

Abstimmungsergebnis zur Vorlage:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und die Stimme der Fraktion Die Linke zugestimmt

13.18 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm 2018 - Bäume, Brunnen, Blumen und Gewässer im Bezirk Chorweiler 1687/2018

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Chorweiler hat in ihrer Sitzung am 17.05.2018 beschlossen die vom Rat im Haushaltsplan 2018 für das Haushaltsjahr 2018 bereitgestellten Mittel in Höhe von 100.000 Euro für Maßnahmen zum Stadtklima / zur Stadtverschönerung nach Maßgabe des vom Finanzausschuss vom 03.04.2017 beschlossenen Kriterienkatalogs für folgende Maßnahmen zur Verfügung zu stellen:

- 8.000 Euro für einen neuen Bouleplatz im Worringen zwischen Bolligstraße und Neusser Landstraße (hinter der Jet-Tankstelle)
- 5.000 Euro für die Platzgestaltung rund um das Kriegerdenkmal nahe der Kirche an der Kriegerhofstr. in Fühlingen

Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe der Mittel in Höhe von 13.000 Euro für die von der Bezirksvertretung Chorweiler beschlossenen Maßnahmen. Die entsprechenden Aufwendungen stehen im Haushaltsplan 2018 im Teilergebnisplan 1301 – Öffentliches Grün, Wald- und Forst-wirtschaft, Erholungsanlagen, in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Haushaltsjahr 2018 zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

13.19 Vertretung der Stadt Köln in Haupt- und Gesellschafterversammlungen 1753/2018

Der Ausschussvorsitzende hält die Vorlage für rechtlich fragwürdig und nicht beschlussreif. Ziffer 1 entspreche nicht dem Bestimmtheitsgrundsatz. Es bestehen Zweifel, ob diese Regelung auch für mittelbare Beteiligungen anwendbar sei. Auch die in Ziffer 2 getroffene Regelung zur Stellvertretung sei nicht bestimmt genug. Er halte eine externe juristische Prüfung für sinnvoll.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller sagt, die Regelung in Ziffer 1 sei durch den zweiten Satz klar und eindeutig. Die Regelung zur Stellvertretung sei unverändert, da auch bisher die Kämmerin ihre Bediensteten in die Gremien entsende.

Der Ausschussvorsitzende bemängelt die Ungenauigkeit der gewählten Formulierungen. Diese sei in der alten Fassung eindeutiger gefasst.

RM Detjen sagt, dass bisherige Verfahren habe sich bewährt. Diese Vorlage sei die Schlussfolgerung aus dem Konflikt über die städtischen Kliniken. Die neue Regelung sei aus Gründen des Umfangs und der Komplexität der Beteiligungen nicht hilfreich. Seine Fraktion werde der Vorlage nicht zustimmen.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller weist darauf hin, dass die Oberbürgermeisterin nicht beabsichtige, künftig in allen städtischen Beteiligungsgesellschaften die Rolle der Gesellschaftervertretung zu übernehmen – insbesondere nicht in denen, deren Aufsichtsratsmitglied sie sei. Als Leiterin der Verwaltung stehe der Oberbürgermeisterin ein

Zugriffsrecht zu. In der Praxis werde sich durch die neue Regelung nicht viel ändern, weil weiterhin die Möglichkeit zur Delegation bestehe.

Frau Stadtkämmerin Klug schließt sich diesen Argumenten an. Sie weist jedoch darauf hin, dass es sich bei der Gesellschaftervertretung um einen anderen Rechtskreis, nämlich den gesellschaftsrechtlichen, handelt, für den der Stadtrat bisher die Steuerung unmittelbar über die/den Kämmerer/in und somit institutionell die direkte Ebene des Finanzverantwortlichen der Verwaltung wahrgenommen hat. Hierbei wurde bei gesellschaftsrechtlichen Entscheidungen der Finanzausschuss stets vorab über die geplanten Beschlüsse der Gesellschaftervertreter/in informiert. Dies laufe regelkonform über das Büro der Oberbürgermeisterin, so dass auch die Hauptverwaltungsbeamte eingebunden sei.

Sie regt an zu prüfen, ob im Hinblick auf den Bestimmtheitsgrundsatz bereits zum Zeitpunkt der Ratsentscheidung geklärt sein muss, wer gesellschaftsrechtlich zur Wahrnehmung der Vertretungsbefugnis in Gesellschafterversammlungen berechtigt sei. Nach ihrer Auffassung wird diese Klarheit in die Sphäre der Verwaltung verlagert.

Zudem weist sie darauf hin, dass sie durch die direkte Anbindung an den unmittelbar gewählten Rat auch die politische Dimension in der Wahrnehmung der Eigentümerrechte als vollumfänglich gewahrt sieht.

RM Frank bittet um Mitteilung, welche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Vertretung in den verschiedenen Gremien wahrnehmen. Er sehe kein Problem, die Grundstruktur heute zu beschließen.

RM Petelkau bittet um eine Stellungnahme zu den aufgeworfenen rechtlichen Fragen, die zur Ratssitzung vorliegen solle, um Zweifel auszuräumen.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller sagt dies zu.

Beschluss:

Ohne Votum in den Rat verwiesen

Eine Stellungnahme zu den aufgeworfenen Fragen wird zur Ratssitzung vorgelegt.

14 Mündliche Anfragen

RM Petelkau verweist auf die im Mai veröffentlichte Steuerschätzung und fragt, wann diese Zahlen in die städtische Prognose einfließen.

Frau Stadtkämmerin Klug berichtet, dass die jeweiligen aktuellen Steuerschätzungen in den Aufstellungsprozess für den Haushalt 2019 einfließen. Sie sagt eine Mitteilung in der nächsten Sitzung zu.

Gez. Börschel

Ausschussvorsitzender

Gez. Müller

Schriftführer